

schaft und Verbraucherschutz in der 35. Plenarsitzung am 2. März 2010 überwiesen worden. Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat in seiner Sitzung am 11. März 2010 in Brüssel folgende Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN bei Nichtanwesenheit der LINKEN, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege Sürmann, herzlichen Dank für die Berichterstattung. – Es ist keine Aussprache vorgesehen. Wir kommen damit direkt zur Abstimmung.

Wer möchte in zweiter Lesung dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, Drucks. 18/2074 zu Drucks. 18/1942, zustimmen? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der LINKEN so mit großer Mehrheit angenommen und damit zum Gesetz geworden.

Ich darf dann **Tagesordnungspunkt 16** aufrufen:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Situation der hessischen Tierheime verbessern – Drucks. 18/1947 –

Dazu wird mit aufgerufen **Tagesordnungspunkt 39:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Verantwortung der Landesregierung für Tierschutz und Ehrenamt – Drucks. 18/2087 –

Zunächst darf ich Frau Kollegin Hammann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit unserem Antrag fordern wir GRÜNE die Landesregierung auf, die Situation der hessischen Tierheime zu verbessern.

Tiere sind keine Wegwerfartikel, sondern Lebewesen mit eigenen Bedürfnissen. Deshalb muss dieses Schwarzer-Peter-Spiel zwischen den Kommunen und dem Land schnellstens beendet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer in diesen Tagen die hessischen Tierheime besucht, dem wird ganz schnell klar, dass sich die Situation in den hessischen Tierheimen sehr verschlechtert hat. Die Berichterstattung in den Medien ist eindeutig. Ich habe hier zwei Berichterstattungen mitgebracht. Die Überschriften sind bezeichnend: „Krise trifft auch die Tierheime“ oder ganz knapp: „Kein Geld für Hund und Katz“. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Halter immer mehr Tiere abgeben und die Sponsoren sich zurückziehen.

Meine Damen und Herren, auch in der Vergangenheit gab es immer wieder Klagen in den Tierheimen. Doch solche massiven Klagen, wie wir sie jetzt vernehmen müssen, hat es noch nie gegeben. Das ist ein deutliches Zeichen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise leider auch in den Tierheimen angekommen ist.

In der Regel haben die Tierheime keine finanziellen Polster. Es gibt Tierheime, die aus einem Spendenaufkommen ein gewisses Polster hatten – aber das wurde in der Vergangenheit z. B. schon für Quarantänestationen ausgegeben. Sie stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand. Meine Damen und Herren, deshalb muss es eine Veränderung geben.

Es gibt Untersuchungen auch des Deutschen Tierschutzbundes. Es gibt eine Studie, in der 200 Tierheime befragt wurden. Sie belegt, dass es bei etwa zwei Dritteln zu einem Spendenrückgang von über 30 % gekommen ist. Das ist eine ganze Menge.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass Tiere vermehrt in den Tierheimen abgegeben werden. Als Grund hierfür werden oftmals mangelnde Mittel für die Unterhaltungskosten genannt.

Die Vermittlung der Tiere wird immer schwieriger. Ganz besonders zeigt sich dies bei den sogenannten Liste-Hunden – wir wissen um die Diskussion über gefährliche Hunde. Diese Tiere werden nicht mehr nachgefragt. Sie sitzen in den Tierheimen und warten auf neue Herrinnen oder Herren – die aber nicht kommen. Damit führen sie zu einer Belastung in den hessischen Tierheimen.

Das führt dazu, dass sich ehrenamtliche Kräfte oftmals gezwungen sehen, Tiere mit nach Hause zu nehmen, weil es eine Überbelegung in den Tierheimen gibt. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Wir danken diesen Menschen, die sich bereit erklären, ehrenamtlich für den Tierschutz zu arbeiten, die Tag und Nacht für die Tiere da sind, sich um diese Tiere sorgen und dazu beitragen, dass diese Tiere ärztlich versorgt werden, ihr Futter bekommen und eine artgerechte Unterbringung erfahren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU)

Aber auch diese Kräfte haben Grenzen. Wenn noch nicht einmal die nötigen Mittel z. B. für eine neue Quarantänestation bereitgestellt sind, wenn noch nicht einmal die Möglichkeit besteht, weitere Unterkünfte zu schaffen, dann geraten diese Menschen in eine schier ausweglose Situation.

Frau Ministerin Lautenschläger, an dieser Stelle genügt es nicht, den diesjährigen Tierschutzpreis für das uneigennützigste Engagement im Tierschutz auszuloben und um Vorschläge aus den Bereichen Schutz und Betreuung frei lebender herrenloser Tiere sowie artgerechter Tierhaltung in den Tierheimen zu bitten. Frau Ministerin Lautenschläger, die Vergabe eines Preises ersetzt nicht das Handeln einer Ministerin, die die Verantwortung für den hessischen Tierschutz hat.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, für uns GRÜNE ist es nicht einsehbar, dass auf eine Kleine Anfrage von uns im Hinblick auf die Situation der hessischen Tierheime geantwortet wird, dass keine Mittel des Landes zur Förderung und Unterstützung dieser Tierheime zur Verfügung stehen, sondern die Kommunen in der Verantwortung sind

und diese dafür Sorge zu tragen haben, dass hier genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, der Tierschutz ist im Grundgesetz verankert. Danach muss gehandelt werden, die Verantwortung muss übernommen werden. Ich sage: Hierfür tragen wir alle die Verantwortung.

Es ist richtig, die Tierheime erhalten von den Kommunen Zuschüsse, denn diese sind als Fundbehörde in der Verantwortung. Im Sinne von § 2 des Tierschutzgesetzes sind sie dafür verantwortlich. Das ist richtig. Die Gemeinden sind auch für die herrenlosen Tiere zuständig – gerade dann, wenn die Tiere die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. Aber es fehlt an einer klaren Regelung.

Es sind sehr unterschiedliche Finanzierungsmodelle zu erkennen. Einmal wird pro Kopf, nach Einwohnern, bezahlt; dann wieder gibt es eine pauschale Zuwendung. Aber wir wissen alle, in der jetzigen Situation reichen diese Mittel nicht.

Meine Damen und Herren, das ist deshalb so prekär, weil die Tiere in den Tierheimen sind und die Mittel für tierärztliche Versorgung, das Futtergeld aufgebracht werden müssen. Die Unterhaltskosten sind enorm hoch, gerade auch in den Tierheimen, in denen sehr viele Liste-Hunde abgegeben werden.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Hammann, Sie müssen zum Schluss kommen.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Deshalb schlagen die Tierheime Alarm. Meine Damen und Herren, wir wollen, dass die Landesregierung Gespräche mit den Kommunen aufnimmt, um eine klare, verbindliche Regelung für eine verlässliche Finanzierung der Tierheime zu finden.

Es gibt gute Beispiele in Brandenburg, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Diese sollen von der Landesregierung mit den Kommunen diskutiert werden.

Wir brauchen schnell eine vernünftige Lösung im Sinne der Tiere und der in den Tierheimen ehrenamtlich tätigen Menschen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten von SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Hammann. – Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Dr. Pauly-Bender zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Mit ihrem Antrag will die SPD-Landtagsfraktion die Hessische Landesregierung und ganz besonders die zuständige Tierschutzministerin fragen, ob das tierschützerische Ehrenamt in Hessen für sie Freiwilligenarbeit zweiter Klasse ist.

Wie sonst lässt sich erklären, dass plenaröffentlich – im letzten Plenum und heute wieder – von der Tierschutzministerin erklärt worden ist, für die Anerkennung dieses Themas als Freiwilligenarbeit in Hessen unzuständig zu sein? Unterscheiden Sie möglicherweise zwischen landes-

politisch anererkennungswürdigem und landespolitisch vernachlässigungsfähigem Ehrenamt – je nachdem, welchem Gegenstand sich die Freiwilligkeit zuwendet?

Die SPD-Fraktion möchte Sie aufrütteln, auf das Tierschutzehrenamt in Hessen zu schauen, wie es tatsächlich besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, der aktuelle Freiwilligensurvey weist aus – übrigens von der Landesregierung zum Lesen empfohlen –, dass die zahlenmäßige Bedeutung des freiwilligen Tierschutzes noch vor dem politischen Freiwilligenengagement liegt.

Mit den Kritikern rein quantitativer Erhebungen dieser Art möchte ich hinzufügen: Die zahlenmäßige Bedeutung der Tierschutz-Freiwilligenarbeit liegt umso höher, je mehr wir einräumen müssen, dass sich diese Freiwilligenarbeit bislang trotz fehlender Anerkennungsstrukturen durchsetzen musste. Dem Tierschutz werden weder schicke Hallen gebaut, noch wurden ihm je berufliche Freistellungsprivilegien zuteil. – Mehr dazu von unserer Seite im Ausschuss.

Stattdessen läuft sich derzeit das freiwillige Tierschutzengagement in Hessen ohne alle Hilfe der Tierschutzministerin mutterseelenallein die Hacken ab auf seinem Weg zu Anerkennung der Fundtierfinanzierung. Meine Damen und Herren, die Ministerin aber bleibt kalt.

(Widerspruch bei der CDU)

Mancherorts in Hessen musste das ehrenamtliche Tierheimengagement streiken und mit einzelnen Heimen Konkurs anmelden, seine Überforderung pressekundig machen, in den täglichen Kleinkrieg gehen – dies alles nur, um das Einzelthema unterfinanzierter Fundtierunterbringung in hessischen Tierheimen zu setzen.

Soll das in Hessen wirklich so weitergehen? Das möchte ich in die Runde fragen, auch an das gesamte Parlament.

Meine Damen und Herren, Tierschützer sind Menschen mit großem Herzen. Für sie ist die Moral ebenso unteilbar wie für Mahatma Gandhi – der vom Tierschutz auf die moralische Kompetenz von Gesellschaften rückschließt. – Das ist wirklich so, Herr Kollege von den GRÜNEN.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Natürlich gehört es in das Repertoire unseres christlichen abendländischen Wertekanons, die Schöpfung in toto als bewahrenswert und schützenswürdig anzuerkennen.

Tierschützer sind Menschen, die an das Grundgesetz und seine im Jahr 2002 ganz explizit gemachte Würdigung des Tierschutzes glauben. Tierschützer sind Menschen, die Hunde, Katzen oder Kleintiere aus Tötungsstationen, aus Labors, Tierheimen und Massenzuchten als eigene Tiere in ihrem Haushalt aufnehmen.

Tierschützer sind Menschen, die nicht akzeptieren wollen, dass Mitgeschöpfe in artwidriger Haltung vegetieren müssen, als kurzfristiges Konsumgut verbraucht, in schlechter Haltung gequält oder auch in sinnlosen Versuchsmaschinen um ihre Gesundheit und Würde gebracht werden, weggeworfen in Mülltonnen, in die Toilette oder aus dem Autofenster, weil man ihrer überdrüssig geworden ist, lebendig begraben in einer schöpfungvergessenen Massentierzucht, mit von Exkrementen zerfressenen Füßen und Lungen, Herr Kollege, geschmäht und verhaltensbiologisch unhaltbar als minderwertige Rasse stigmatisiert, als

asoziale Hunde und zu lebenslanger Tierheimhaft verurteilt – nur weil die Politik keinen Weg findet, die Halter zu disziplinieren.

Ich frage in die Runde dieses Parlaments: Haben es diese Menschen nicht verdient, dass sich die hessische Tierchutzministerin mit ihrer ganzen landespolitischen Autorität bei allen politischen Akteuren in Hessen als Person, als Engagementlotsin verwendet? Das Engagement-Lotsen-Programm 2009 war doch der letzte Wurf Ihrer Ehrenamtskampagne „Gemeinsam-Aktiv“. Ich frage bewusst hart: Ist das tierschützerische Ehrenamt in seiner teilweise elenden Lage nicht salonfähig? Meine Damen und Herren, die Politik insgesamt sollte sich bewusst machen: All diese Freiwilligen für Tierschutz in Hessen und andernorts sind eine Hoffnung, eine ethische Mitbastion gegen die zunehmende moralische Verkommenheit unserer Menschenwelten in toto. – Ich weiß nicht, warum man als Tierchutzministerin da schmunzeln kann.

Aufopferungsbereitschaft, Mitgefühl, aktiver Schutz für Schwächere, die Verteidigung eines jeden Mitgeschöpfes: Gibt es unseres Erachtens davon zu viel oder zu wenig unter uns Menschen?

Sehr geehrte Frau Landesministerin Lautenschläger, wie Hohn müssen dem Tierschutz die schönen Worte zum landespolitischen Lotsendienst für Freiwilligenarbeit bis in jede Kommune hinein in den Ohren klingen. Ich möchte im Namen meiner Fraktion wie die Kollegin von der GRÜNEN-Fraktion dafür werben, dass wir uns im Ausschuss gemeinsam einmal in aller Ruhe Punkt für Punkt anschauen, mit was sich der Tierschutz in Hessen, seit Jahren überhört, fachlich totlaufen musste,

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

beispielsweise mit den fachlich völlig einwandfreien und im Tierschutz konsensual getragenen Forderungen nach dem Aufbau von Regularien für die Registrierung aller Hunde.

(Zuruf von der Regierungsbank: Wau!)

Meine Damen und Herren, allein das würde den Platzbedarf in den hessischen Tierheimen enorm reduzieren.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Wir hoffen, in diesem Sinne mit Ihnen, auch mit den Fraktionen der FDP und der CDU, in ein Gespräch zu kommen, um die notwendigen ordnungspolitischen Maßnahmen zugunsten der Tierschützer und der Tierheime in Hessen einleiten zu können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der Regierungsbank: Wau!)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Dietz, Fraktion der CDU.

Klaus Dietz (CDU):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Ich denke, dem Thema ist es angemessen, wenn wir verbal etwas abrüsten und uns der Sache sine ira et studio nähern.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Die Situation in den Tierheimen in Hessen ist tatsächlich schlimmer geworden. Die Tierheime werden regelrecht mit Hunden geflutet, vor allem mit Hunden, die schwerer sind als 20 kg und höher als 45 cm Widerrist, mit Katzen jeden Alters, beiderlei Geschlechts und in den letzten Monaten vor allem auch mit Kleintieren, die dort abgegeben, entsorgt werden.

Der zweite Faktor ist, dass im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise die Spenden deutlich zurückgehen. Ich will auch im Namen unserer Fraktion deutlich machen, dass in den Tierheimen hervorragende Arbeit geleistet wird, die allen Dank verdient hat. Die Menschen sind hoch motiviert, und sie tun ihre Arbeit mit hoher Sachkompetenz. Ohne sie wäre die Leistung, die die Tierheime erbringen, nicht darstellbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Ich kann das nachvollziehen: Ein Nachbar, ein Veterinär hat als Vogeldoktor viele Vögel verarztet, sodass sie anschließend wieder in die Freiheit entlassen werden konnten. Das ist eine Menge Arbeit, die über viele Jahre hinweg geleistet wurde und die alle Anerkennung verdient.

Die Zuständigkeit für Fundtiere, für herrenlose Tiere liegt bei den Kommunen. Das ist ganz eindeutig. Mancher Bürgermeister, manche Bürgermeisterin ist ganz verwundert, dass er oder sie dafür zuständig ist. Man muss hier deutlich machen: Die Tierheime erfüllen Leistungen, die die Kommunen zu erbringen haben. Neben der hervorragenden Arbeit, die sie leisten, sollten sie wegen des ökonomischen Aspekts bei den Kommunen vorstellig werden und sich die Leistung, für die sie in Vorlage treten, finanzieren lassen. Die Kommunen sind also in der Pflicht.

Lassen Sie uns aber gemeinsam überlegen, wie wir dazu kommen können, diesem Tierelend nicht einfach nur hinterherzulaufen. Wir sollten einen Überblick über die Problemlage gewinnen. Beispiel Katzen. Wer die Situation aufmerksam verfolgt: Zurzeit sind die weiblichen Katzen wieder hoch tragend. In den nächsten Tagen und Wochen kommt die Frühjahrgeneration auf die Welt. Diese unregelmäßige Vermehrung führt dazu, dass die jungen Katzen, soweit Eigentümer vorhanden sind, gerne verschenkt werden, weil man so viele Katzen selbst nicht halten will. Aber dort, wo sie ankommen, ist es manchmal der Fall, dass sie nach wenigen Wochen nicht mehr süß und klein sind, sondern kratzbürstig. Dann fängt mancher an, zu überlegen: Wie werde ich das Tier wieder los? – Dann wird in die Tierheime entsorgt. Es ist nicht in Ordnung, dass letztendlich die öffentliche Hand die Entsorgung übernehmen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wie kann man diesen Wildwuchs bzw. den Nachschub für die Tierheime von dieser Seite vermeiden? Die Kommunen haben die Möglichkeit, in einer Gefahrenabwehrverordnung aus eigener Kraft zu regeln, dass Katzen mit Freilauf gekennzeichnet und kastriert werden müssen. Dann wären die Zahlen erheblich geringer, und bei den Tierheimen kämen vermutlich weniger an.

Beispiel Hunde. Die kleinen Hunde machen keine Probleme. Die sind in den Tierheimen nicht so stark vertreten. Es sind die großen Hunde, die dort ankommen. Das Problem ist, dass Impulsivkäufe, vor allem um Weihnachten herum, getätigt werden. Wenn der Hund dann groß ist und manchen, die damit nicht umgehen können, zur Last wird, dann geht wieder die Entsorgung los. Ich denke, es ist vernünftig, dass man die Mitverursacher in die Pflicht nimmt. Das sind diejenigen, die Hunde verkaufen.

Bei den Kleintieren ist es ähnlich wie bei den Hunden. Wenn der Fehlkauf bemerkt wird, läuft die Strategie: Entsorgung über die Tierheime. – Da muss man sich fragen: Müssen die Kommunen als Entsorger dienen, oder müssen Baumärkte unbedingt auch Kleintiere vertreiben? Muss das sein? – Die Frage ist: Wie können wir eine Verhaltensveränderung bei dem Handel, bei den Verkäufern und den Käufern erzielen? – Wünschenswert wäre eine Durchflussverlangsamung in Bezug auf die Zahl der Tiere dort, wo letztendlich die Kaufentscheidung fällt, am Point of Sale. Man sollte es marktwirtschaftlich organisieren, dass diejenigen, die am Verkauf von Tieren verdienen, ähnlich wie beim Fernabsatz oder beim Haustürkauf, ein Widerrufsrecht oder eine Rücknahmepflicht hinnehmen müssen. Wenn sie Gefahr laufen, dass sie das Tier zurücknehmen müssen, werden sie es sich gut überlegen, welche Empfehlung sie beim Verkauf von Tieren geben.

Die Lösungsansätze müssen die Probleme an den Wurzeln packen. Die Tierzahlen in den Problemfeldern müssen gesenkt werden. Das Hinterherlaufen – mehr Geld, mehr Aufwand, mehr Bürokratie – hilft den Tierheimen nicht. Ehrenamtliche Aktivität sollte mit marktwirtschaftlichen Lösungen stärker in die Prävention gelenkt werden. Dort ist der Nutzen größer. In den Sechzigerjahren gab es einen sehr bekannten Spruch: Vorbeugen ist besser als heilen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Ich erteile Frau Abg. Cárdenas für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben zwei Anträge vorliegen, die sich unter anderem mit der Situation unserer hessischen Tierheime befassen und die sich in ihren Vorschlägen ergänzen. Die Fraktion DIE LINKE wird beiden zustimmen.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Als Tierschutzbeauftragte freue ich mich, dass die prekäre Situation der vorwiegend ehrenamtlich betriebenen Tierheime im Plenum Thema geworden ist.

Ich habe noch gestern in zwei Tierheimen in meinen Wahlkreisen nachgefragt, wie sich ihre Situation in den letzten Jahren gewandelt hat. Die Antworten bestätigten

die Ergebnisse der aktuellen MAFO-Studie, die zwei Drittel aller deutschen Tierheime befragt hat. In beiden Tierheimen im Kreis Offenbach und im Main-Kinzig-Kreis müssen deutlich mehr Tiere untergebracht und gepflegt werden, und dies bei insgesamt zurückgegangenen verfügbaren Mitteln. Ein Tierheim spricht von 20 % weniger Spendenaufkommen, das andere sogar von rund einem Drittel. Früher wurden schon einmal Erbschaften in das Tierheim gegeben. Aber auch das gibt es nun nicht mehr.

Besonders fällt auf, dass zunehmend mehr alte und kranke Tiere, Hunde und Katzen im Tierheim abgegeben werden – der Kollege Dietz hat gesagt: „geflutet werden“, wenn ich das richtig verstanden habe; ich bin mir aber nicht sicher, ob Sie das so gesagt haben –, dies aber nicht, weil die Besitzer das Tier leid geworden sind, sich nicht kümmern wollen, sondern weil sie das Tier nicht mehr unterhalten – jedenfalls im Regelfall – und

(Axel Wintermeyer (CDU): Eieiei!)

die Arzt- und Medikamentenrechnungen, die bei älteren Tieren zum Teil über Jahre anfallen, nicht mehr bezahlen können. Diese Situation könnte übrigens entschärft werden, wenn die Mehrwertsteuer, die zurzeit 19 % beträgt, runtergefahren würde. Das würde den alleinstehenden Hartz-IV-Empfängern sowie Rentnerinnen und Rentnern schon viel helfen, die sich für Hunde- und Katzenfutter das eigene Essen vom Mund absparen und für die ihr Hund oder ihre Katze oft der einzige Ansprechpartner sind.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wer denkt an Kinder?)

Eine reduzierte Mehrwertsteuer für Arzneimittel und Arztkosten würden den Tierheimen ebenfalls helfen, die Behandlungskosten der zunehmend alten und kranken Fundtiere aufbringen zu können.

Man muss wissen, dass die Tierheime z. B. von der Stadt Hanau für sogenannte Fundtiere nur vier Wochen lang Unterstützung bekommen, für eindeutig ausgesetzte herrenlose Tiere sogar nur zwei Wochen lang – was insofern kontraproduktiv ist, weil die ausgesetzten Tiere ja kaum eine Chance haben, vom Besitzer wieder aufgenommen zu werden, und sich oft schon in einem desolaten Zustand befinden. Sie sind insgesamt schwerer zu vermitteln. Die Fundtiere kommen vielleicht dagegen nach ein paar Tagen zum Besitzer zurück, der sie schon gesucht hatte.

Angesichts des Elends der entlaufenen oder ausgesetzten Tiere erscheint es uns auch sinnvoll, ein sogenanntes Haustierregister einzuführen. Auch die Pflicht zum Chip, die auch von der Tierschutzbeauftragten Frau Dr. Martin gefordert wird, könnte helfen, den Halter schneller zu ermitteln. Ich freue mich, dass die CDU da Unterstützung signalisiert hat. Ich denke, das könnten wir wirklich demnächst in Angriff denken.

Als LINKE möchte ich deutlich sagen: Insgesamt müssen wir in der Gesellschaft davon wegkommen, Tiere als Fundsache zu bezeichnen. Sogenannte Haustiere sind der Willkür des Halters hilflos ausgesetzt. Als Nutztiere sind sie als Produktionsfaktor der Ausbeutung durch Wirtschaft und Wissenschaft hilflos ausgesetzt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Tiere aller Länder, vereinigt euch!)

Von dieser Sicht müssen wir uns entfernen, und wir müssen entsprechend handeln. Wir müssen Tiere als empfin-

dungsfähige Wesen anerkennen. Wir müssen ihnen ihre Rechte zugestehen.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auf der letzten Sitzung des Tierschutzbeirats habe ich daher eine entsprechende UN-Konvention vorgestellt, die bisher von Deutschland noch nicht ratifiziert wurde. Wir fänden es wichtig, den Tierschutz als Staatsziel auch in der Landesverfassung zu verankern. Dies muss einhergehen mit der Forderung nach einem Verbandsklagerecht. Dies ist seit der Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz längst überfällig, und dazu werden wir entsprechende Initiativen ergreifen.

In unserer kapitalistischen Gesellschaft besteht immer die Gefahr, Krisen auf dem Rücken der Schwächsten in der Gesellschaft auszutragen. Auch Tiere sind Teil unserer Gesellschaft. Tierschutz darf nicht mehr unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Interessen stehen und dementsprechend schnell eingeschränkt werden können. Die Kommunen haben eine Fürsorgepflicht gegenüber den Tieren, die keinen Halter mehr haben, aber sie dürfen darin nicht alleingelassen werden. Wie der Antrag der SPD richtig feststellt, ist der Tierschutz als eine gemeinsame Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen anzusehen. Von daher unterstützen wir die im Antrag aufgestellten Forderungen, ebenso wie die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Abg. Sürmann für die Fraktion der FDP.

Frank Sürmann (FDP):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Einige können jetzt wieder erwachen, denn ich bin mir nicht ganz sicher, ob der Wortbeitrag von der Kollegin Pauly-Bender etwas weniger schlecht war als der von Frau Kollegin Cárdenas.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD und der LINKEN: Oh!)

Ich bin heilfroh, dass die Kollegin Frau Dr. Pauly-Bender nicht in hauptamtlicher Verantwortung ist, etwa als „Tierschutzbeauftragte“, wie Sie das verkehrt gesagt haben – Sie meinen, dass Sie in Ihrer Fraktion die Sprecherin für Tierschutzfragen sind –, und dass wir mit diesen Dingen so nicht umgehen müssen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wer ist arroganter, Sie oder Herr Greilich?)

Fakt ist, dass Sie, Frau Dr. Pauly-Bender, hier pauschal dargestellt haben, in einer absolut unzulässigen Weise, dass alle Tierhalter, die in Deutschland herumlaufen, die Hunde und Katzen behandeln würden, als ob sie alle Tierquäler wären und als ob wir hier nur noch Leute hätten, die die Tiere verschleudern und mit Fußtritten aus ihren Häusern und in die Tierheime jagen.

(Zuruf von der SPD)

Frau Kollegin, das ist nachweislich nicht der Fall. Der weit größte Teil der Menschen, die Tiere, Hunde und Katzen halten, geht damit verantwortungsvoll um.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn man Ihren Antrag sieht und Punkt für Punkt durchgeht

(Wortmeldung des Abg. Michael Siebel (SPD))

– Sie brauchen sich nicht zu melden, ich lasse keine Zwischenfragen zu –, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben, dann wird das auch noch unterstützt.

Meine lieben Kollegen, wir haben genau 44 Tierheime, die vom Deutschen Tierschutzbund getragen werden.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einige Tierheime mehr, die auch aus dem privaten Bereich kommen; dann sind wir etwa bei 50. Wenn wir alle privaten Auffangstationen noch mit dazunehmen, dann haben wir insgesamt in Hessen etwa 75 Tierheime. Es ist richtig, dass zwei Drittel aller 200 befragten Tierheime in Deutschland – Frau Kollegin Hammann, jetzt gehe ich einmal auf den sachlichen Teil ein – tatsächlich gesagt haben, dass die Spendenbereitschaft um 30 % gesunken ist. Somit haben wir tatsächlich eine Unterfinanzierung von einigen Tierheimen vorliegen, insbesondere wenn man einmal ausrechnet, was ein Tierheim jährlich braucht, das etwa 200 Tiere aufnimmt und sechs Mitarbeiter hat. Das sind laut Berechnungen etwa 130.000 € pro Jahr. Dann wissen wir, wo die Finanzierungs- und Deckungslücke ist. Deswegen hat auch der Vorsitzende des Landestierschutzverband Hessen, Herr Gunkel, gesagt: Wir brauchen eigentlich pro Einwohner in jeder Kommune 1 €, um die Tierheime aufrechtzuerhalten. – Das ist ein Ansatz, den man verlangen und auch diskutieren kann, weil – der Kollege Dietz hat es richtig ausgeführt – es in der Tat zunächst einmal die originäre Aufgabe der Kommunen ist, mit diesen Tieren umzugehen. Es ist wurscht, wie sie jetzt bezeichnet werden, ob als Fundsachen oder Tiere, die unterzubringen sind. Der Effekt ist der gleiche: Die Kommunen müssen sich zunächst darum kümmern, und wir müssen sehen und moderieren, wie die Kommunen dazu in der Lage sind, das zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Heike Habermann (SPD): Sehr gut!)

Deswegen ist es durchaus in Ordnung, wenn die GRÜNEN in ihren Punkten 1 und 2 zunächst einmal das Ehrenamt begrüßen und sich dafür bedanken. Das tun wir ausdrücklich auch, denn die Leistung ist in der Tat – wie auch in vielen anderen Vereinen – mit Geld eigentlich gar nicht zu bezahlen, die ist nur zu bewerten.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns dann entsprechend darüber im Klaren sein, was wir als Land leisten können. Da sind Moderationsaufgaben sicherlich gefragt, aber auch flankierende Maßnahmen wie möglicherweise eine Landesregelung dazu, wie Katzen eventuell vor ihrem Verkauf schon sterilisiert bzw. kastriert werden können, damit wir eben keine ungewollte Vermehrung in freier Natur haben. Das hat auch noch ganz andere Facetten als nur den reinen Tierschutz, sondern auch was die Auswilderung von Hauskatzen angeht.

Der zweite Punkt ist: Wir müssen uns darüber unterhalten, wie sich Verkäufer gegenüber den Käufern verhalten.

Da kann man jetzt den staatlichen Ansatz nehmen, wie das Frau Cárdenas hier dargestellt hat, dass die bösen Verkäufer jetzt wieder alle schuld sind und dass es der Staat regeln muss, wie der Verkäufer am Markt agiert. Man kann es aber auch anders machen, denn das haben wir in der Tat auch bei anderen Dingen, die im Geschäftsleben verkauft werden. Hier haben wir aber eine besondere Verantwortung.

Hier haben wir meines Erachtens einen Ansatz, wo wir über Gebühr eine Pflicht haben, dass der Käufer auch darüber aufgeklärt wird, a) wie er mit einem Tier umzugehen hat und b) was es bedeutet, ein Tier zu haben, und wie es möglicherweise das Leben in einer Familie vollständig verändert. Möglicherweise ist es auch richtig, für den Verkäufer eine solche Belehrungspflicht einzuführen und sich auch vom Käufer unterschreiben zu lassen, was auf ihn zukommt, damit da vorher eine gewisse Bewusstheit der Menschen kommt.

Darüber können wir reden, und darüber sollten wir uns auch fachlich im Ausschuss austauschen, denn dieser Antrag geht auch in den Ausschuss, und darüber kann man sich unterhalten. Lassen Sie uns also, wenn wir jetzt über diese Frage reden, uns mit dem Antrag der GRÜNEN sehr wohl beschäftigen. Wir werden dazu sicherlich auch noch einige konstruktive Vorschläge machen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber bitte nicht solche Dinge und Pamphlete, wie die SPD in ihren Antrag schreibt, die Landesregierung würde die Beiträge der Kommunen zu den Tierheimen demnächst zu freiwilligen Leistungen machen. Daraus wollen Sie offensichtlich konstruieren, Frau Pauly-Bender

(Zuruf der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

– Entschuldigung, ich lese aus Ihrem Antrag vor –, dass dann diese freiwilligen Leistungen über die Kommunalaufsicht wieder gestrichen werden. Sonst ist das kaum zu verstehen, was Sie hineinschreiben. Das steckt irgendwie dahinter.

Was Sie hier machen, ist Polemik pur. Das hilft den Tieren nicht weiter. Das hilft den Menschen nicht weiter, die draußen mit den Tieren zu tun haben. Die Diffamierung unserer Ministerin, wie Sie das hier dargestellt haben, ist schlichtweg eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Denn diese Regierung geht mit dem Tierschutz sehr verantwortungsvoll um. Wir haben einen Tierschutzbeirat und eine Tierschutzbeauftragte, die sich sehr wohl darum kümmern.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

So und in diesem Tonfall geht das nicht. Das werden wir so nicht akzeptieren. Deswegen ist der SPD-Antrag für uns nicht diskutabel. Alles Weitere sollten wir im Ausschuss in Ruhe beraten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Norbert Kartmann:

Zu einer Kurzintervention hat Frau Dr. Pauly-Bender das Wort.

(Axel Wintermeyer (CDU) und Leif Blum (FDP): Bei Fünfminutenbeiträgen gibt es keine Kurzintervention!)

– Der Kollege Wintermeyer hat recht. Bei Fünfminutenbeiträgen geht das leider Gottes nicht. Sie haben ohnehin auch keine Redezeit mehr übrig gehabt, Frau Dr. Pauly-Bender.

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass Kollege Sürmann gerade noch einmal versucht hat, deutlich zu machen, über was wir hier sprechen. Auf der einen Seite ist es ein ganz ernsthaftes Thema, der Tierschutz, die Probleme, die die Tierheime im Moment haben, verbunden mit der Frage, wie sie Spenden einwerben können. Auf der anderen Seite sind es die vielen ehrenamtlichen Kräfte, die sich für den Tierschutz einsetzen, wofür wir als Landesregierung ganz klar nur Danke sagen können. Denn es ist eine unglaublich große Leistung, mit welchem großen Engagement die Menschen ihre ehrenamtliche Arbeit einbringen. Sehr häufig bringen sie wie in vielen anderen ehrenamtlichen Bereichen noch viel Geld mit, um sich um Tiere zu kümmern und Leid für Tiere zu verhindern bzw. das Nötigste für die Tiere in den Tierheimen zu tun.

Frau Kollegin Pauly-Bender, mit der Art, wie Sie an das Thema herangehen, tun Sie dem Thema Tierschutz keinen Gefallen. Das will ich schon deutlich machen. Ich glaube nach wie vor, dass eine große Mehrheit hier im Hause und auch die Landesregierung das Thema Tierschutz sehr ernst nehmen. Die Landestierschutzbeauftragte macht regelmäßig Vorschläge, wie Dinge verbessert werden können. Wer sie kennt, weiß, dass sie mit großem Engagement arbeitet. Ich glaube auch, dass wir stolz darauf sein können, dass es das Amt der Landestierschutzbeauftragten seit 1990 gibt, als CDU-Ministerpräsident Walter Wallmann es damals eingeführt hat. Seitdem wurde das Amt immer fortgeführt, und es hat von allen Seiten eine große Unterstützung bekommen.

Deswegen finde ich, dass es wichtig ist, hier deutlich zu machen, dass das Thema Tierschutz in der Landesregierung im Umweltministerium verankert ist, aber es seit jeher vor allem auch beim Ministerpräsidenten mit Vortragsrecht und regelmäßigen Besprechungen stattfindet. Das macht auch deutlich, wie wichtig es ist, dem Thema Tierschutz dauerhaft gerecht zu werden, Forderungen aufzunehmen. Das heißt nicht immer, dass man alles aufnehmen kann, aber dass man sich sehr intensiv mit den unterschiedlichsten Bereichen auseinandersetzt.

Die Landestierschutzbeauftragte ist für mich eine ganz wichtige Ratgeberin und vor allem jemand, der seit vielen Jahren tief in allen Bereichen des Tierschutzes verankert ist. Deswegen bin ich sehr froh, dass auch auf ihre Aktivitäten unterschiedlichste Bundesratsinitiativen in den letzten Jahren zurückgegangen sind, die auch von der Landesregierung nach vorne getrieben wurden. Bei manchen ist es sehr mühsam, diese Initiativen überhaupt zum Zuge zu bringen. Ich will nur an das Verbot von Wildtieren im Zirkus erinnern, an religiös motiviertes Schächten, an Patente auf Tiere. All das gehört mit dazu.

Sehr geehrte Frau Kollegin Pauly-Bender, Sie begleiten mich schon eine Weile in meiner politischen Arbeit. Es

freut mich außerordentlich, dass Sie mit mir den Ausschuss gewechselt haben und mich weiter begleiten. Aber vielleicht erinnern Sie sich daran zurück, dass das Thema Tierschutz früher im Sozialministerium verankert war. Ich habe mich sehr darauf gefreut, wieder mit Frau Dr. Martin zusammenzuarbeiten. Aber auch damals schon haben wir die Themen Wildtiere im Zirkus, Schächten und all diese Themen auf den Weg gebracht. Das Bundesland Hessen hatte in diesem Bereich immer eine Vorreiterrolle und setzt sich intensiv mit all diesen Themen auseinander.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, man muss auch ehrlich sagen, wo die Grenzen sind, wo wir, wie Kollege Sürmann gerade angesprochen hat, bei den Kommunen moderieren können zu der Frage, wie wir das mit der Finanzausstattung schaffen. Denn selbstverständlich ist das auch für das Land sehr schwierig, das ist für die kommunale Ebene sehr schwierig, und es ist im Moment innerhalb der Wirtschaftskrise für alle ehrenamtlichen Bereiche – ob es der Tierschutz ist, ob es um andere sinnvolle Bereiche geht – außerordentlich schwieriger geworden, an Spendenmittel heranzukommen. Deswegen ist es wichtig, dass wir im Landtag auf dieses Thema aufmerksam machen und deutlich machen, dass es nach wie vor einen hohen Stellenwert hat.

Ich will sehr deutlich zurückweisen, dass Sie z. B. den Tierschutzpreis oder den Tierschutzforschungspreis, der inzwischen ausgelobt worden ist, damit in der Forschung überhaupt einmal hingeschaut wird, abtun und so tun, als ob irgendjemand das nicht ernst nehmen würde. Liebe Kollegin Pauly-Bender, das weise ich ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Judith Pauly-Bender (SPD): Das habe ich nie getan!)

Der Tierschutzpreis ist keine neue Erfindung. Er hat seit vielen Jahren Bestand. Es ist richtig, ich habe ihn wieder ausgeschrieben. Die Themen, die wir ausschreiben, denkt sich nicht die Ministerin alleine aus, sondern dafür haben wir zum Glück diejenigen, die genau hinschauen. Das ist an den meisten Stellen die Landestierschutzbeauftragte, die sowohl in diesem Jahr als auch im letzten Jahr ein Thema gesetzt hat. Es sind Themen, die immer aktuell sind und die häufig aus Nischen herausgeholt wurden. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass wir im letzten Jahr beim Landestierschutzpreis gefragt wurden, ob wir tatsächlich einen Tierschutzpreis für ein solches Thema vergeben wollen, wo sich Kaninchen doch vermehren, und ob es notwendig sei, auf dieses Problem aufmerksam zu machen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin, ich erinnere an die Redezeit der Fraktionen.

Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich komme gleich zum Schluss, aber ich will es noch kurz ausführen. – Es ist wichtig, an diesen Themen deutlich zu machen, dass gerade über den Tierschutzpreis Themen gesetzt werden, die sonst in der Öffentlichkeit vielleicht gar nicht vorkommen und bei denen diejenigen Menschen aus einer Nische herausgeholt werden, die sonst im öffentlichen Leben nicht immer an erster Stelle stehen, die aber mit ihrem persönlichen ehrenamtlichen Engagement

gerade dem Tierschutz einen hohen Stellenwert einräumen und Tiere als Lebewesen in die Mitte stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen ist es mir wichtig, hier deutlich zu machen: Das Land kann im Tierschutz sicher nicht alles regeln. Es kann immer wieder Anstöße geben, es kann die Moderatorenrolle übernehmen, es kann Öffentlichkeitsarbeit machen. Aber, Frau Kollegin Pauly-Bender, so, wie Sie mit diesem Thema umgehen, tun Sie dem Thema Tierschutz keinen Gefallen. Ich glaube, es ist viel sinnvoller, zu versuchen, in diesem Bereich Konsens herzustellen, Themen gemeinsam zu tragen, ob es beim Thema Biopatentrichtlinie ist oder bei vielen anderen.

Aber so zu tun, als ob die Themen, derer Sie sich neu angenommen haben, eine Erfindung von Ihnen seien, mir Briefe zu schreiben, wie Sie Lottomittel unter den Destinatären neu verteilen wollen, aber gleichzeitig keinen Vorschlag Ihrer Fraktion zu machen – wir haben die Verteilung der Lottomittel auf die Destinatäre in diesem Haus zum Glück seit vielen Jahren einvernehmlich beschlossen –, heute wieder kein Wort dazu und zu den Fragen zu erwähnen, die Sie in Briefen stellen, das finde ich nicht sonderlich redlich. Das dient auch nicht dem Tierschutz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Dr. Pauly-Bender.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! So viel Aufregung, das deutet darauf hin, den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Es gibt das schöne Wort: Der getroffene Hund bellt. – Ich habe hier kaum das Wort ergriffen, da hat es von hinten von den Regierungsbänken schon gebellt.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Jetzt sind wir beim Thema!)

Jetzt bin ich die Böse, die einen falschen Ansatz gewählt hat.

Meine Damen und Herren, ich bin eher der Auffassung, der Ansatz war goldrichtig. Das ehrenamtliche Engagement im Tierschutz verdient unsere Anerkennung und unsere Hilfe, und die Moderationshilfe der zuständigen Tierschutzministerin.

Es wird auch niemand einen Keil zwischen Frau Dr. Martin und mich treiben; denn wir haben in unserem Antrag ausdrücklich festgestellt, dass wir Politikverdrossenheit im Tierschutz daran feststellen können, dass die Tierschützer nicht begreifen, dass die Landestierschutzbeauftragte von Ihnen zwar gelobt wird, ihren Vorschlägen seitens der zuständigen Ministerin allerdings nicht gefolgt wird. Herr Sürmann, das steht in Punkt 2, und auch das werden wir im Ausschuss aufzuarbeiten haben.

Tatsache ist, dass Frau Dr. Martin einen landespolitischen Beitrag zur Finanzierung der Tierheime verlangt, und zwar unter Nennung von Toto- und Lottomitteln, was ich

überhaupt nicht empfehle. Ich halte das für den falschen Weg.

Tatsache ist, Herr Sürmann, dass im Land Baden-Württemberg 500.000 € als Nottopf für die Heime zur Verfügung stehen.

Tatsache ist, was in dem Antrag der GRÜNEN steht, dass es auch CDU-Länder gibt, die ein Landesausführungsgesetz haben, das die Fundtierkonflikte löst.

Tatsache ist, Herr Kollege von der CDU, dass es Länder gibt, die ihren Kommunen in der Frage der Freigängerkatzen helfen wollen, indem sie sich in Berlin für eine bundesweite Lösung engagieren, die die Kommunen nicht in die Einzelheiten treibt.

Tatsache ist, dass es auch Länder gibt, die sich für die Registrierung der Hunde einsetzen.

Tatsache ist, dass es Länder gibt, die Wege finden, das tierschützerische Engagement in der Breite zu ehren.

Frau Landesministerin Lautenschläger, Sie werden in unserer Fraktion niemanden finden, der kritisch vermerkt, es habe jemals in diesem Land einen falschen Tierschutzpreis gegeben. Da können Sie nachfragen. Wir regen vielmehr an, dass vom Tierschutz im Ehrenamt so gesprochen wird, dass auch 15-jährige Ausführende und Ausführenderinnen, ohne die die Tierheime gar nicht leben können, eine kommunale Ehrung erfahren, so wie auch anderes Ehrenamt gewürdigt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da kann ich ins Wiesbadener Tierheim gehen – ich habe mich der Mühe unterzogen –, ich kann nach Frankfurt gehen, ich kann nach Offenbach gehen, ich kann nach Egelsbach gehen, ich kann nach Dreieich gehen. In allen Tierheimen in Hessen ist man sich einig darüber, dass wir einfach praktische Lösungen brauchen.

Herr Sürmann, wenn Sie unseren Antrag in einigen Einzelheiten nicht verstehen, mag das daran liegen, dass man wissen muss: Wenn sich ein kleines Ordnungsamt einer Gemeinde bei den Spitzenverbänden erkundigt, ob es eine freiwillige Leistung ist, die bei einem knappen Haushalt aufgehoben wird, wenn man sich für die Tiere engagiert, dann bekommt es Auskünfte, die so nicht stimmen. Die Landesregierung gibt keine alternativen Auskünfte, sondern verweist immer wieder an die Kommune.

(Michael Siebel (SPD): Unglaublicher Vorgang!)

Deshalb bedürfen wir einer rechtspolitischen Clearingstelle in dieser Frage.

Die Ministerin hat heute auf meine Anfrage erneut gesagt: Es gibt keine Tierschutzverbandsklage. Es gibt keinen unabhängigen Landestierschutzbeirat, den der Staatssekretär aus demselben Ministerium wie Frau Lautenschläger selbst in die Diskussion geworfen hat.

(Günter Rudolph (SPD): Da hinten steht er!)

Es gibt auch keine Clearingstelle für strittige Rechtsfragen rund um den Tierschutz.

(Lachen auf der Regierungsbank)

Das erscheint mir nicht richtig. Meine Damen und Herren, deshalb sind wir der Auffassung, dass wir uns wirklich zusammenraufen sollten. Da werden Sie feststellen, dass wir uns im Einklang befinden.

Herr Sürmann, noch ein Wort zu den Hundebesitzern. Wir haben im Lande Hessen überschlüssig – leider kann das

niemand erheben – 800.000 Hundebesitzer. Wir haben überschlüssig 1,5 Millionen Menschen, die für den Tierschutz ihr Herz schlagen hören, weil sie zu Hause irgendein Tier irgendeiner Größe haben. Ich habe hier vorgetragen – das hat auch der Kollege von der CDU vorgetragen –,

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Dietz heißt er!)

dass die Tierheime ganz konkrete Fälle kennen, wo sich Menschen, vom Markt des Tierverkaufs eingeladen – Herr Sürmann, Sie denken ja immer nur an marktwirtschaftliche Lösungen –,

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

viel zu kurzfristig für ein Tier entscheiden und dann die Fälle in den Tierheimen erzeugen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Abgeordnete, ich bitte Sie – –

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Deshalb sollte man die Dinge so wiedergeben, wie ich sie auch vorgetragen habe.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Abgeordnete, das Mindeste ist, dass Sie Respekt davor haben, wenn ich etwas sage. Bitte nehmen Sie Platz. Die Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

– Wir können auch unterbrechen, kein Problem. – Frau Cárdenas, Sie haben das Wort.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Ich muss ehrlich sagen, ich weiß gar nicht, was hier im Augenblick abgeht.

(Lachen und Zurufe von der CDU und der FDP)

Das muss irgendetwas sein, was sich vor unserer Zeit getan hat. Möglicherweise ist hier wirklich in ein Wespennest gestochen worden; das ist mir nicht ganz klar.

Frau Ministerin, ich hätte von Ihnen eine Antwort auf den Brief von Frau Dr. Martin erwartet; denn darin sind ganz klare Forderungen. Das würde ich gerne von Ihnen hören, im Interesse des Tierschutzes und der Tierrechte, und nicht irgendwelche Diffamierungen, die hier gegenüber einzelnen Abgeordneten laufen. Das fand ich nicht adäquat.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir haben zwei Überweisungen vorzunehmen. Oder kann ich davon ausgehen, dass der Entschließungsantrag mit an den Ausschuss geht? – Er geht mit an den Ausschuss. Dann stelle ich fest, dass wir nach Ende der Debatte die Punkte 17, 18 und 20 zur weiteren Beratung an den Umweltausschuss überweisen.

(Günter Rudolph (SPD): Nein, das ist falsch! – Axel Wintermeyer (CDU): 16 und 39 gehen an den Umweltausschuss!)

– Wir überweisen die Punkte 16 und 39 an den Umweltausschuss. – Dies ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend der Atomkonsens gilt – keine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke – Drucks. 18/1948 –

Tagesordnungspunkt 18:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Biblis abschalten: Röttgen auf dem Weg der Erkenntnis, Lautenschläger weiter von vorgestern – Drucks. 18/1954 –

und schließlich **Tagesordnungspunkt 20:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend demokratische Mehrheit gegen Atomkraft – Biblis vom Netz – Drucks. 18/1988 –

Die vereinbarte Redezeit ist fünf Minuten. Das Wort hat Herr Abg. Schmitt für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Biblis über den im Atomkonsens vereinbarten Zeitrahmen hinaus ist nicht verantwortbar.

(Zuruf von der CDU)

– Wie war der Zwischenruf, das sei schon gelogen? – Lieber Kollege, erstens, finde ich, sollte sich bei der Frage Lügen ausgerechnet jemand von der CDU sehr vorsichtig verhalten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Regen Sie sich nicht so auf, Sie haben doch fünf Minuten Zeit!)

Zweitens werden wir die Sicherheitsfrage hier noch einmal erörtern. Sie haben Gelegenheit, sich mit unserem Antrag auseinanderzusetzen.

Ich wiederhole: Biblis A muss, wie vereinbart, im Spätsommer vom Netz. Alles andere wäre mit einem erheblichen Sicherheitsrisiko verbunden und inakzeptabel.

Da kommen wir zu der Frage der Sicherheit und zu dem Zwischenruf. Biblis A ist gegen Flugzeugabstürze ungesichert – unstrittig. Jeder erinnert sich noch an das Gutachten, das der Landesregierung durch die Reaktorsicherheitskommission vorgelegt wurde. Deswegen ist es ja vertuscht und versteckt worden. Es ist mittlerweile völlig unstrittig: Biblis A ist gegen Flugzeugabstürze nicht gesichert.

Zweitens. Es fehlt an einer externen unabhängigen Notstandswarte. Auf die ist in der Nachrüstungsfrage doch nur verzichtet worden – ich könnte Ihnen Belege von dem ehemaligen Minister Dietzel bringen –, weil man gesagt hat, die Laufzeit ist durch den Atomkonsens begrenzt.

Drittens. Die Anlage ist von ihrer Konzeption her völlig veraltet. Eine Anlage in dieser Konzeption würde man heute schon gar nicht mehr bauen.

Meine Damen und Herren, deshalb ist ein Weiterbetrieb über den im Atomkonsens vereinbarten Zeitrahmen hinaus völlig unakzeptabel. Schon gar nicht ist es verantwortbar, so wie die Umweltministerin zu sagen: Wir wollen das Atomkraftwerk mindestens zehn Jahre länger betreiben. – Das ist eine völlig unverantwortbare Position.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Verlängerung der Laufzeit ist auch schädlich für den Einsatz erneuerbarer Energien.

(Clemens Reif (CDU): Erzählen Sie doch einmal etwas Neues!)

Es gibt einen sehr interessanten Artikel, im „Spiegel“ vom gestrigen Tag veröffentlicht. Der Verband der kommunalen Energieversorger – dort sind immerhin 150 Städte und Gemeinden organisiert – hat darauf hingewiesen, dass schon geplante Investitionen in Anlagen der erneuerbaren Energien, z. B. auch Kraft-Wärme-Kopplung, abgeplant werden, weil sie im Vergleich zu dem billigen Strom aus abgeschriebenen Atomanlagen nicht mehr rentabel seien. Der Verband spricht von „Wettbewerbsverzerrung“, und er hat recht: Mit einer Laufzeitverlängerung – das liegt ja auf der Hand – wird der Einsatz für erneuerbare Energien totgemacht.

Deshalb sage ich: Wer weiter auf die Atomkraft setzt, der zerstört die wichtige Weiterentwicklung und Marktdurchsetzung der erneuerbaren Energien und gefährdet neue Arbeitsplätze in einem weltweit expandierenden Markt.

(Beifall bei SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Zu Recht weisen wir in unserem Antrag darauf hin, dass die Beschäftigung im Bereich der erneuerbaren Energien mittlerweile zehnmal höher ist als bei der Atomindustrie: 30.000 zu 300.000 Arbeitsplätze. Daran sehen Sie die Beschäftigungschancen, die in den erneuerbaren Energien stecken. Was ist für ein Land wichtiger, in dem hohe Arbeitslosigkeit besteht und weiterhin droht? Das kriegen Sie aber nicht, wenn Sie die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke durchsetzen. Dann werden Sie genau diese Ansätze kaputt machen.

(Beifall bei SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Skandalös ist das Verhalten der Atomkraftwerksbetreiber. Auf diese Firmen ist kein Verlass. Das kennen wir. Seit Jahren versuchen diese Firmen aus rein ökonomischen Interessen, den Atomkompromiss zu hintertreiben.

(Zurufe von der CDU)

Der Atomkonsens trägt die Unterschrift der Verantwortlichen der Atomwirtschaft. Trotzdem hat man sich von dieser Seite Schritt für Schritt vom Konsens entfernt. Wer sich mit der Atomlobby einlässt, muss wissen, dass diese bereit ist, jeden Vertrag zu brechen. Genau dieses Schicksal droht allen, die davon träumen, als Gegengeschäft für eine Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke ei-